

**Was plant Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels auf das kulturelle Erbe und die grüne Transformation und ihre Auswirkungen auf die Erhaltung des kulturellen Erbes?**

Wir wollen weiterhin den in-situ-Erhalt unseres kulturellen Erbes fördern. Damit dies in Anbetracht der sich verändernden klimatischen Bedingungen gelingen kann, brauchen wir europaweite Schutzkonzepte.

Die Herausforderungen der Energiewende betreffen sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens – auch unser kulturelles Erbe. Dieses steht vor der schwierigen Aufgabe, bei jeder baulichen Maßnahme zwischen Modernisierung und dem Erhalt der historischen Bausubstanz abwägen zu müssen. Denkmal- und Klimaschutz sollen künftig Hand in Hand gehen. Aus diesem Grund wollen wir im Denkmalbereich Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie Maßnahmen zur energetischen Verbesserung von Baudenkmalern ermöglichen – soweit sie denkmalverträglich sind.

**Wie positioniert sich Ihre Partei in dem Interessenkonflikt zwischen dem Schutz der historischen Landschaft der EU bei Planungsprozessen?**

Unser Anspruch ist es, nicht nur die Tradition unserer Heimat zu bewahren, sondern diese auch für zukünftige Generationen zu sichern. Der Schutz der Kulturlandschaften ist uns daher ein großes Anliegen. Gerade bei Bauvorhaben, welche nachhaltige Eingriffe in die Landschaft mit sich bringen, wollen wir die Bürgerbeteiligung stärken. Wir wollen neue und moderne Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung in die Planungsverfahren aufnehmen, um die Bürger besser zu informieren und ihre Anliegen in geregelte Bahnen zu lenken. Gleichzeitig ist es uns ein wichtiges Anliegen Planungsverfahren zu beschleunigen. Im Bereich der Kulturdenkmäler hat unsere bayerische Landtagsfraktion deshalb beim Thema Denkmal- und Klimaschutz einen neuen Aktionsplan erarbeitet, welcher ein Gleichgewicht zwischen Modernisierung und dem Erhalt der historischen Bausubstanz anstrebt. Denn für den Erhalt unserer Lebenswelt ist die Umsetzung des technischen Fortschritts z.B. im Bereich der nachhaltigen Energiegewinnung dringend notwendig.

**Was plant Ihre Partei, um Plünderungen archäologischer Stätten und den illegalen Handel mit archäologischen Funden zu verhindern und - ggf. auch strafrechtlich - zu verfolgen?**

Die Plünderung von archäologischen Fundstätten und der illegale Transfer von Kulturgütern in andere Staaten ist ein zunehmendes, weltweites Problem. Die Verluste für Wissenschaft und Öffentlichkeit sind unermesslich. Zusätzlich muss der illegale Handel mit geplünderten Kulturgütern als mögliche Quelle für Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche stärker/wirkungsvoller kontrolliert werden. Wir unterstützen daher die Harmonisierung der EU-Gesetzgebung. Wir wollen u.a. die Zollbehörden in die Lage versetzen, sowohl bei der Ausfuhr von Kulturgütern wie beim Import zusätzliche Informationen von den Anmeldern anzufordern und die Kulturgüter im Wege einer Beschau zu untersuchen. Nur durch einen Ausbau der europäischen Strafverfolgung können wir den gut organisierten Händlern langfristig das Handwerk legen. Hierfür setzen wir u.a. auf einen Ausbau des Europol-Informationssystems.

**Bitte geben Sie an, welche der folgenden Aussagen durch Ihre Partei unterstützt wird:**

Wir unterstützen einen ersten akademischen Abschluss (im Rahmen des Bologna-Systems) für Archäologie in Ländern, die noch keinen solchen Abschluss haben, und streben eine Standardisierung der archäologischen Universitätsabschlüsse und/oder anderer beruflicher Qualifikationen an, um eine einheitliche Reihe von Qualifikationen zu schaffen, die für die Ausübung der Tätigkeit in der gesamten EU erforderlich sind.

**Was plant Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode in Bezug auf die Nutzungsrechte von Bildern von Gegenständen, historischen Aufzeichnungen und Stätten, die sich im Besitz von öffentlichen Sammlungen, Archiven und Museen befinden?**

Eine freie Lizenzierung von Bildern von Objekten, historischen Aufzeichnungen und Plänen in öffentlichen Sammlungen, wie z. B. CC BY, muss auf Anfrage für wissenschaftliche Open-Access-Publikationen gewährt werden. Es ist möglich, angemessene Gebühren für nachweislich damit verbundene Kosten zu verlangen. Wir werden eine Initiative starten, um die Gesetzgebung und die Praxis in dieser Hinsicht in den EU-Ländern insgesamt zu harmonisieren